

Vergleichende Politikwissenschaft (2tes Semester)

Fragen zur Vorlesung (gestellt von P. Stykow)

Alle Klausuren haben je 10 MC-Fragen und die Zusatzfrage enthalten (30% der Klausurleistung).

Gruppe A:

1. Wenn Deutschland das niederländische Wahlrecht (ohne Sperrklausel) 2009 gehabt

hätte, wer hätte gewonnen?

2. Welche 2 Cleavages entstanden aus der National Revolution (laut Lipset)?

3. Was sind Kartellparteien?

4. Nach Sartoris Einordnung, welches Parteiensystem ist Schweden?

5. Was ist eine Konkordanzdemokratie? In Abgrenzung zu Mehrheits-/Konsensdemokratie

6. Die Begriffe Parlament und Kongress sind ...

7. Bei welchem Fakt könnte man daran zweifeln, das Liechtenstein demokratisch ist (ging um den Monarchen)?

8. Wer prägte den Begriff Polyarchie?

9. Was ist der Kern der minimalistischen Demokratiedefinition von Schumpeter?

10. Was charakterisiert die Civic Culture von Verba?

Gruppe B:

1. Was beschreibt Polyarchie nach der Theorie von Dahl nicht?

2. Die Cleavage-Theorie geht zurück auf _____

3. Unter Demokratisierungswelle versteht man?

4. Unter dem Prädominanten Parteiensystem gemäß Sartori versteht man?

5. Unter welchen Umständen kann man eine Monarchie als Demokratie bezeichnen?

6. Unter welchen (zeitlichen) Umständen kann sich die Politische Kultur einer Nation wie verändern?

7. Wie lautet die exakte deutsche Bezeichnung für das First Past The Post-System?

8. Was ist das entscheidende Merkmal von Massenparteien?

9. Welche Bezeichnung im Hinblick auf die Verbindung von Exekutive - Legislative trifft nicht auf ein demokratisches Parlament zu? (war in Englisch gestellt)

Gruppe C

1. Schumpeters Demokratiedefinition ist?

- a) minimalistisch und elitistisch
- b) nicht angemessen operationalisierbar
- c) logisch defekt, d. h. intern widersprüchlich

2. Als Begründer der empirischen Forschung über Politische Kultur gelten _____

3. Is the executive in presidential systems of government never accountable?

- a) Yes, in most presidential regimes there is no accountability of the executive.
- b) No, in most presidential regimes the executive is politically accountable to the legislature.
- c) No, in most presidential regimes the executive is accountable for judicial offences.
- d) No, in most presidential regimes the executive is accountable to the Supreme Court.

Als das "Königsrecht" der Legislative wird oft bezeichnet:

- a) das Budgetrecht, weil mit der gesetzlichen Entscheidung über die Haushaltszuwendungen über die tatsächliche Handlungsfähigkeit der Regierung entschieden und diese kontrolliert wird.
- b) das Vetorecht (bzw. Recht des konstruktiven Misstrauens), weil die Regierung damit zum Rücktritt gezwungen werden kann.
- c) das Recht Gesetze zu erlassen oder abzulehnen (legislative Funktion), weil darin die einzigartige Spezifik des Parlaments in gewaltenteiligen Arrangements zum Ausdruck kommt.
- d) das Recht, das Regierungsoberhaupt (und gegebenenfalls die Minister) sowie den Parlamentspräsidenten und hohe Richter zu wählen, d. h. über die personelle Zusammensetzung der höchsten politischen Ämter zu entscheiden.

5. Als "Devolution" bezeichnet man

- a) das Gegenteil von "Evolution",
- b) das Ableiten formal demokratischer Systeme in den Autoritarismus,
- c) die Krise des demokratischen Parteienstaates, insbesondere nachlassende Parteienbindung der Bürger,
- d) die Übertragung von Rechten im Kompetenzbereich des Parlaments und der Regierung auf gewählte Körperschaften und Exekutiven auf der subnationalen Ebene.

6. Das Parteiensystem Großbritanniens ist - in der Typologie von Giovanni Sartori -

- a) ein Zweiparteiensystem, auch wenn gegenwärtig den Liberalen als dritter Partei große Bedeutung als "Zünglein an der Waage" zukommt ("Zweieinhalbparteiensystem")<-- ich glaube das ist richtig
- c) bis etwa Mitte der 1970er Jahre ein "klassisches" Zweiparteiensystem gewesen, seitdem aber ein gemäßigtes Mehrparteiensystem
- d) ein Zweiparteiensystem, in dem allerdings die relevanten Parteien von Zeit zu Zeit wechseln (Tories - Whigs, Konservative - Liberale, Konservative - Labour, aktuell: Labour - Liberale)

7. Laut Ronald Inglehart liegt der Hauptgrund für den Wertewandel von Materialismus zu

Postmaterialismus darin, dass

- a) schnelles ökonomisches Wachstum und gestiegenes Bildungsniveau die Werte der Nachkriegsgenerationen verändert haben.
- b) sich die Bevölkerungen von Wohlfahrtsstaaten aufgrund der Grundsicherung durch den Staat heute vielmehr für nicht-materialistische Themen interessieren.
- c) sich seit den 1970er Jahren ein grundlegender Wandel in der politischen Sozialisation vollzogen hat.
- d) die schnelle politische Entwicklung zur Zunahme unkonventioneller Formen politischer Partizipation geführt hat.
- e) angesichts des Klimawandels große Teile der Bevölkerung umzudenken begonnen haben.

8. Das Muster der zivilgesellschaftlichen Partizipation in Osteuropa ähnelt dem in

- a) Westeuropa
- b) Südeuropa
- c) Lateinamerika
- d) keinem von diesen

9. What is the difference between social movements and organized interest groups, such

as trade unions or business interest associations?

- a) Social movements are less formally constituted and typically engage in noninstitutionalized collective action.
- b) Social movements are formed for specific campaigns and pursue only political purposes.
- c) Social movements never pursue political purposes.
- d) Social movements lobby legislatures and public bureaucraties and avoid anti-institutional forms of protest.

10. Wenn der Bundestag im Jahre 2009 mit dem in Großbritannien gültigen Wahlrecht

(Mehrheitswahlrecht), gewählt worden wäre, dann,

- a) könnte rein rechnerisch dieselbe Schwarz-Gelbe-Koalition regieren, auch wenn sie über etwas weniger Sitze verfügen würde
- b) hätten CDU/CSU und FDP keine Mehrheit, sodass wahrscheinlich eine Große Koalition regieren würde

c) wäre die FDP gar nicht im Bundestag vertreten, die CDU/CSU könnte jedoch eine Einparteienregierung mit solider Mehrheit bilden

d) hätte es zwei Möglichkeiten der Regierungsbildung (Große Koalition oder Schwarz-Gelb) gegeben.

Additional questions:

Prior to the first wave of democratization, several restrictions existed on voting rights.

_____ is the only one that is still relevant today, even in democracies.